

# Kirchen fordern: Impfstoffe müssen auch den Ärmsten zur Verfügung stehen

Anlässlich des Impfgipfels der Bundesregierung am vergangenen Montag (1. Februar 2021) und der andauernden Debatte über die Verfügbarkeit von Impfstoffen in Deutschland und Europa bestehe die Sorge, dass die meisten Bürgerinnen und Bürger der Länder des globalen Südens vermutlich noch bis 2023 ohne den ersehnten Schutz durch Impfstoffe auskommen müssten, heißt es in der Erklärung. Prälat Dr. Karl Jüsten, Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe – Katholisches Büro in Berlin, und Dr. Martin Dutzmann, Bevollmächtigter des Rates der EKD bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, machten gemeinsam darauf aufmerksam. „Der weltweite Zugang zu Impfstoffen gegen das Coronavirus ist vor allem aus humanitären, aber auch aus epidemiologischen und wirtschaftlichen Gründen unerlässlich“, erläutert Prälat Jüsten. So könne durch eine gemeinsame Impfstrategie das Risiko weiterer Mutationen reduziert werden. „Nur wenn weltweit Fortschritte bei der Eindämmung der Pandemie gemacht werden, können die Einschränkungen im öffentlichen Leben mit all den dramatischen sozioökonomischen und gesundheitlichen Folgen langfristig gelockert werden“, ergänzt Prälat Dutzmann.

„Damit der Zugang zu Impfstoffen schnellstmöglich weltweit sichergestellt werden kann, müssen Produktionskapazitäten für eine Impfstoffherstellung auch in den Ländern des globalen Südens genutzt oder erschlossen werden“, sagt Prälat Dutzmann. Prälat Jüsten fügt hinzu: „Dies bedeutet natürlich, dass auch das erforderliche Know-how zur Verfügung gestellt werden muss.“

Die beiden Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche betonten, dass alle zur Verfügung stehenden Mittel

ausgeschöpft werden sollten, um dieses wichtige Ziel zu erreichen. Neben der – auch finanziellen – Unterstützung der Bereitschaft der pharmazeutischen Herstellerfirmen, ihre geistigen Eigentumsrechte zu teilen oder zumindest erschwingliche Lizenzen zu vergeben, stünde auch die zeitweilige Aussetzung geistiger Eigentumsrechte auf Technologien zur Prävention, Eindämmung und Behandlung von Covid-19 (TRIPS-Waiver) oder die Erteilung von Zwangslizenzen zur Herstellung der zur Bekämpfung von Covid-19 erforderlichen Mittel zur Debatte. „Die Pandemie kann nur weltweit bekämpft und beendet werden“, so Prälat Dutzmann und Prälat Jüsten.

### **Hintergrund**

Nach übereinstimmenden Berichten haben sich die Industrienationen für etwa 15 Prozent der Weltbevölkerung mehr als die Hälfte des zur Verfügung stehenden Impfstoffs gesichert. Ende Januar 2021 waren in diesen Ländern bereits 39 Millionen Menschen gegen Covid-19 geimpft bzw. hatten eine erste Dosis erhalten. Auf dem gesamten afrikanischen Kontinent waren es zu diesem Zeitpunkt 25 Menschen. Wissenschaftler weisen darauf hin, dass auch die Industrienationen immer wieder mit Rückläufen von Covid-19 und neuartigen Mutationen rechnen müssen, die möglicherweise nicht mehr auf die verfügbaren Impfstoffe ansprechen.